

Yasmin Fahimi

## Plutokratie ist keine Option

»Es geht auf Dauer nicht, dass die Hälfte der Nation vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.« Als August Bebel diesen Satz 1895 formulierte und im Deutschen Reichstag für das Frauenwahlrecht focht, war Wilhelm II. Kaiser des Deutschen Reiches, eine demokratische Bundesrepublik noch nicht einmal ein kühner Traum und Wahlen reine Männersache. Heute, 120 Jahre später, dürfen alle deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger über 18 Jahren wählen, egal ob Frau oder Mann. Dennoch könnte Bebels Satz bald wieder zu einer traurigen Wahrheit werden. Denn unsere Demokratie ist dabei, sich in eine Herrschaft der Reichen zu verwandeln.

So gibt es zwar formal das gleiche Wahlrecht für alle. Aber längst nicht alle machen von diesem Recht auch Gebrauch. Während sich in den 70er Jahren noch mehr als 90 % an den Wahlen zum Bundestag beteiligten, haben am 22. September 2013 gerade noch 70 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen ein Jahr darauf ging nicht mal mehr jeder Zweite wählen, in Thüringen, Bremen und Hamburg sah es nur geringfügig besser aus. Noch schlimmer ist es um die Wahlen von Landräten und Oberbürgermeistern bestellt, bei denen mancherorts nicht mal mehr jeder Dritte zur Wahl geht.

Zwei Fehleinschätzungen kleben so hartnäckig an der Debatte wie Kaugummi an der Schuhsohle. Die erste Fehleinschätzung besagt, der Nichtwähler sei ein zufriedener Beobachter. Satt und wohlwollend blickt er auf die Politik in Deutschland, heißt es. Er will, dass alles so bleibt wie es ist. Da er sicher ist, dass die großen Parteien und ihre Abgeordneten den Status quo ebenso lieben wie er, küm-

mert er sich um andere Dinge und bleibt bei Wahlen stets zu Hause: Alles ist doch gut, wieso etwas ändern?! Die zweite Fehleinschätzung will den Nichtwähler kennen als kritischen Geist. Er ist der bundesdeutschen Politik entschwebt. Das Gezeter und Gezerre in Berlin ist ihm zu kleinteilig, zu provinziell. Lieber widmet er sich im Feuilleton mit großer Geste kleinen Thesen und beschreibt wortreich, warum die Nichtwahl in seinem Fall nicht weniger ist als ein Akt der Rebellion: Wer, wenn nicht ich?! Alle Analysen widersprechen diesen Behauptungen über einen, auf die eine oder andere Art selbstverliebten Nichtwähler.

Die Wahlforschung beschreibt heute vielmehr sehr genau die Gründe, warum Menschen nicht an Wahlen teilnehmen. Demnach gibt es einen systematischen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wahlverhalten. Wer arm und formal niedrig gebildet ist sowie keine Arbeit hat, geht wahrscheinlich auch nicht wählen. Wer hingegen in bürgerlichen Vierteln wohnt und gut verdient, geht fast immer zur Wahl. Die Bertelsmann Stiftung, die die Gründe der Nichtwahl seit Jahren erforscht, kommt in ihrer neusten Studie zu dem Schluss: Die sozial schwachen Schichten sind bei Wahlen deutlich unter-, die sozial starken deutlich überrepräsentiert. Der Unterschied kann bis zu 40 (!) Prozentpunkte betragen. Kurzum: Unsere Demokratie droht zu einer Plutokratie zu werden, also einem System, in dem die Reichen das Sagen haben – weil die Armen einfach zu Hause bleiben.

Viele von uns Politikern haben bisher etwas hilflos und teilweise auch ein bisschen beleidigt auf die schwindende Wahlbeteiligung gestarrt. Dabei ist klar, dass wohlmeinende Appelle an die staatsbürgerschaftlichen Pflichten eines jeden nicht

*Die Mär vom  
satten Beobachter  
und kritischen  
Geist*

ausreichen. Es ist es an der Zeit, praktischer und lebensnäher an die Frage heranzugehen: Wie steigern wir die Wahlbeteiligung?

Dabei können wir von anderen Ländern lernen, was gut funktioniert. Ein Beispiel ist Schweden. Die politische Landschaft dort ist mit der Deutschlands vergleichbar, die Parteien haben ebenfalls mit deutlichen Mitgliederrückgängen zu kämpfen. Und doch liegt die Wahlbeteiligung stabil zwischen 80 und 85 %. Wir als SPD haben gemeinsam mit Wissenschaftler/innen und Expert/innen ein Modell erarbeitet, das durch die schwedischen Erfahrungen inspiriert ist, sich aber an unsere hiesigen Erfordernisse anpasst.

Wir wollen Wahlen in den Alltag zurückholen, Hürden abbauen und den Wahlakt so unkompliziert wie möglich machen. Beispielsweise wollen wir den Wahltag zu einem Wahlwochenende ausbauen. Bereits am Freitag und am Samstag vor dem klassischen Wahlsonntag sollen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, ihre Stimme abzugeben. Gleichzeitig sollen zusätzliche örtliche Wahlangebote geschaffen werden. Diese Wahlurnen sollen an besonders frequentierten und bequem erreichbaren Verkehrsknotenpunkten und Fußgängerzonen aufgestellt werden. Auch planen wir, mobile Wahlurnen einzurichten, insbesondere für den ländlichen Raum, die aber auch beispielsweise Altenheime, Behinderteneinrichtungen oder Krankenhäuser besuchen. An all diesen Wahlstationen soll ein amtliches Dokument wie Personalausweis oder Reisepass ausreichen, um an der Wahl teilzunehmen. Ein zusätzlicher Wahlschein oder ähnliches sollte nicht mehr nötig sein. Gleichzeitig sollten wir den Service verbessern. Informationen zu anstehenden Wahlen sollten früher sowie in einfacher und leicht verständlicher Sprache erfolgen. Wo nötig, sollten wir auch mehrsprachige Informationen anbieten.

Auch sollten wir die Bedingungen dafür schaffen, dass demokratisches Mit-

einander an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen früh erlebt und erlernt werden kann. Demokratie bedeutet ja nicht nur, alle vier Jahre ein Kreuz zu machen. Sie fußt auf Meinungsbildung. Dazu gehört ein Austausch unter Gleichen, Perspektivwechsel und Aushandlungsprozesse. Hier können beispielsweise Jugendparlamente mit echten Mitbestimmungsrechten und eigenen Budgets oder auch das Einüben von Wahlen in Form von Juniorwahlen an Schulen helfen, demokratisches Wissen zu vermitteln und demokratische Praxis zu erleben.

Wir sollten diese Modelle diskutieren und in ausgewählten Bundesländern ausprobieren. In der Praxis wird sich zeigen, welche Maßnahmen helfen, die Wahlbeteiligung wirklich zu erhöhen. So können wir Hürden abbauen und den Wahlakt ins 21. Jahrhundert holen. Aber uns sollte klar sein, dass auch diese Maßnahmen alleine nicht ausreichen werden, um unsere Demokratie nachhaltig zu stärken. Auch wir Politiker sollten uns kritisch prüfen und fragen, was wir tun können, um die offenkundige Distanz zwischen Wählern und Gewählten nicht nur zu überbrücken, sondern dauerhaft zu verringern. Ich bin überzeugt, dass technische Fragen hierbei nur ein Baustein sind. Letztlich geht es um die richtige Haltung. Und um die richtige Politik.

Denn Politik, aber auch Medien, erleben eine wachsende argwöhnische Distanz der Menschen zu ihren Aufgaben und Leistungen. Lobby-Interessen und -Beeinflussungsstrategien scheinen die demokratischen Verfahren zu unterlaufen. Vielen erscheinen Politiker ebenso abgehoben wie selbstzentriert. Dieses Gefühl zeigt sich in der abnehmenden Wahlbeteiligung ebenso wie in hasserfüllten Leserbriefen und Parteiaustritten. Und auch die neue Kommunikationslandschaft macht es der klassischen Politik nicht unbedingt leicht

*Demokratie  
muss erlebbar  
sein und etwas  
bewirken*

ter, bei Wählerinnen und Wählern Gehör zu finden. Noch nie waren so viele »Nachrichten« dank Smartphone zu jedem Zeitpunkt an nahezu jedem Ort der Welt verfügbar. Und noch nie war es so einfach, sich aus dem gesamten Nachrichtenstrom auszuklinken und stattdessen Serien zu streamen oder die Zeit vor der Spielekonsole zu verbringen. Von dem berühmten »TV-Lagerfeuer« der 20-Uhr-Nachrichten ist höchstens noch eine kleine Glut übrig und ehemalige Leitmedien ringen um Relevanz.

Als Parteien müssen wir uns fragen, wie wir in all dieser Unübersichtlichkeit neugierig machen und Interesse wecken können – auf unsere Politik, auf Diskussionen und schließlich auf Wahlen. Denn die Parteien sind in unserer Demokratie kein lästiges Anhängsel, sondern eine tragende Säule: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«, heißt es im Artikel 21 des Grundgesetzes. Diese Formulierung ist für alle Parteien Anspruch und Auftrag zugleich. Als SPD gehen wir mit unserer Nachbarschaftskampagne, unseren digitalen Beteiligungsangeboten und der Perspektivdebatte bereits neue Wege. Denn als Sozialdemokraten haben wir ein doppeltes Interesse, die politische Apathie zu überwinden. Erstens als Demokraten, weil Beteiligung Politik stärkt und Akzeptanz erhöht. Das festigt unsere Demokratie, gerade in Zeiten, in denen es ungemütlich wird. Und zweitens als Sozialdemokraten, weil es uns im besonderen Maße angeht, wenn sozial Schwache vom politischen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Es sind unsere Leute, die da bei den Wahlen zu Hause bleiben.

Um diese Menschen zurückzugewinnen, braucht es mehr als technische Veränderungen der Wahlmöglichkeiten. Vielleicht sollten wir Politiker uns an Schopenhauer erinnern: »Man gebrauche gewöhnliche Worte und sage ungewöhnliche Dinge«. Nicht umgekehrt. Und genauso sind wir in der Pflicht, politische Entscheidungen ausführlich zu erklären. Politik wird dann verständlich, wenn die dahinter liegenden Werte und Haltungen sichtbar werden.

Dann wird auch deutlich, warum welche Alternative gewählt wird. Die sprichwörtliche »Alternativlosigkeit« ist deshalb ebenso schädlich für unsere demokratische Kultur wie das Klischee von der Ununterscheidbarkeit der politischen Parteien. Und schließlich müssen wir Sozialdemokraten auch für diejenigen Politik machen, die nicht mehr für sich selbst sprechen können oder wollen. Wenn sich sozial schwache Schichten systematisch von der Politik verabschieden, ist es unsere Aufgabe, durch soziale Politik die Bedingungen zu schaffen, damit diese Menschen wieder teilhaben können und wollen.

All diese Dinge brauchen Zeit und werden uns einiges abverlangen. Vielleicht sind sie ein Grund, warum Max Weber in seinem berühmten Zitat Politik als »ein starkes langsames Bohren von harten Brettern« beschreibt. Was dabei oft vergessen wird: Weber sagt auch, was man dazu braucht, nämlich »Leidenschaft und Augenmaß zugleich«. Genau auf diese Eigenschaften sollten wir uns besinnen, wenn wir unsere Demokratie stärken und die Wahlbeteiligung erhöhen wollen. Einfach wird es nicht. Aber unsere Demokratie sollte uns das wert sein.



**Yasmin Fahimi**

ist seit Januar 2014 Generalsekretärin der SPD.

[yasmin.fahimi@spd.de](mailto:yasmin.fahimi@spd.de)